

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



Februar / März 2019

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Westmann

März Spruch:

Wir können wohl das Glück entbehren,
aber nicht die Hoffnung.

(Theodor Storm)

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 16. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 27. Februar bis 01. März 2019 behandelt

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung“ (Drs. 18/1993)
- Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs (Drs. 18/2584)
- Wahl der Präsidentin/des Präsidenten des Staatsgerichtshofs (Drs. 18/2585)
- Auswirkungen des Brexit auf die niedersächsischen Fischfangindustrie begrenzen – Fanggebiete für die Hochseefischerei erhalten (Drs. 18/1070)
- Sicherstellung von qualifiziertem ärztlichen Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst (Drs.18/1532)
- Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern – gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern (Drs. 18/1849)
- Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein (Drs. 18/648)
- Berufsfischerei erhalten – Gewässerlebensräume schützen (Drs. 18/1073)
- Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern – kostenfreien Zugang zu präzisen Korrekturdiensten ermöglichen (Drs. 18/1851)
- Wie kann die ländliche Bevölkerung vor den Anschlägen militanter Tierrechtler geschützt werden? (Drs. 18/2563)
- Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern (Drs. 18/2582)
- Erhalt seltener Nutztierassen angemessen fördern! (Drs. 18/2583)

Aktuelle Stunde

- Innovation statt Verbotskultur – Wahnsinn bei Stickoxid-Messstellen und Grenzwerten beenden (Drs.18/2621)
- 100 Jahre Frauenwahlrecht – auf dem Weg zur Parität (Drs. 18/2620)

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 17. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 27. März bis 29. März 2019 behandelt

- Wir sagen Funklöchern den Kampf an – Fortschritte bei der Mobilfunkversorgung in Niedersachsen (18/3304)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes (Drs. 18/3272)
- Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (NZwEWG) (Drs. 18/2448)
- Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen (Drs. 18/3258)
- Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Clausthaler Bergbaukasse (Drs. 18/3269)
- Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich (Drs. 18/3279)
- Maßnahme von finanzieller Bedeutung für den Einzelplan 05; Bitte um Zustimmung gem. § 40 Abs. 2 LHO zur Sicherstellung der Liquidität der zuständigen Stelle nach § 26 Pflegeberufegesetz (18/3274)
- Ehrenamt stärken – Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handbarer machen! (Drs. 18/1536)
- Missbrauch von psychoaktiven Substanzen verhindern: Durch zielgerichtete Aufklärung vor K.O.-Mitteln schützen (Drs. 18/3182)
- Urheberrecht schützen – Upload-Filter vermeiden (Drs. 18/3268)
- Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen (Drs. 18/3261)
- Veräußerung von rund 17 ha Kiesabbauflächen im Landkreis Nienburg (ehem. Domäne Schinna) (Drs. 18/3277)
- Wie kann die Einhaltung von Tierschutzstandards bei Lebetiertransporten in Drittländer besser gewährleistet werden? (Drs. 18/3251)
- Europa – Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen – Niedersachsen in Europa weiter stärken (Drs. 18/1402)

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 17. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 27. März bis 29. März 2019 behandelt

- Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen – Potenziale des Building Information Modelings (BIM) nutzbar machen (Drs. 18/3260)
- Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (Dr. 18/2227)
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande weiter verbessern (Drs. 18/851)

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Rede zum AfD-Antrag

Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941 - 28. März 2019

-es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

„Die Zone der totalen Ruhe“ ist der Titel eines Buches von Gerhard Wolter.

Wolter, 1923 selbst als Deutscher in der Ukraine geboren und 1941 nach Kasachstan verbannt, erzählt in diesem Buch von dem Schicksal der Deutschen in Russland während des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsjahre.

Der 2. Weltkrieg und Stalins Erlass im Jahre 1941 führten zu dem größten Drama in der Geschichte der Deutschen aus Russland.

Wolter beschreibt die Höllenqualen, die die Deutschen in Russland nach dem Erlass vom 28. August 1941 ertragen mussten.

Fast 1 Millionen Deutsche, ob Neugeborene oder alte Menschen, wurden aus ihrem Zuhause gerissen und in Richtung Sibirien deportiert.

Die Reise in den engen Viehwagons dauerte viele Wochen. Auf engstem Raum kamen Kinder zu Welt. Viele Kranke, Schwache und Alte starben.

Sie bekamen meist kein Grab, denn für die Beisetzung der Toten gab man den Deutschen kaum eine Möglichkeit.

Männer und später auch Frauen ab dem 16. Lebensjahr – manchmal auch noch jüngere - wurden von ihren Familien getrennt und in Sonderlager, den sogenannten GULAK, gesteckt und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Jeder 3. von ihnen starb an den Folgen des Hungers und der Überlastung.

Nach dem Krieg wurden die Deutschen nicht in ihre Herkunftsgebiete zurückgelassen.

Sie wurden für immer in ihren Vertreibungsgebieten angesiedelt und unter ein Sonderkommando des KGB gestellt.

Systematisch sollten alle Deutschen in der Sowjetunion ihrer Identität, ihrer Sprache und Kultur beraubt werden.

Wolter schreibt in seinem Buch, dass das Thema bis 1987 in der Sowjetunion absolut tabu war. Die Deutschen und die an ihnen verübten Verbrechen waren für das Regime nicht erwähnenswert.

Der 28. August 1941 steht für das Trauma der Deutschen aus Russland. Dieses dunkle Kapitel der russlanddeutschen Geschichte wirkt bis in die Gegenwart nach.

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Anrede

Seit Jahren findet in Friedland eine Gedenkfeier zum 28. August 1941 statt, zu der die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland einlädt.

Der Rahmen ist würdevoll und es gibt nach meiner Ansicht keinen geeigneteren Ort, an dem diese Gedenkfeier stattfinden könnte.

Diese Feier in Friedland dient der Erinnerung und Mahnung zugleich.

Vertreter der Landesregierung, aus Politik, Verbänden, Vereinen und Institutionen kommen nach Friedland, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

Auch für die Vorsitzende der Landmannschaft der Deutschen aus Russland, Lilli Bischoff, die heute in den Landtag gekommen ist, bedeutet die Gedenkfeier in Friedland sehr viel, denn Lilli Bischoff hat die Folgen von 1941 bewusst miterlebt.

Anrede

Wir können das Unrecht, dass unsere Landsleute in der ehemaligen Sowjetunion widerfahren ist, nicht ungeschehen machen.

Doch wir können unsere Verantwortung gegenüber unseren Landleuten immer wieder bekräftigen.

Mir ist es wichtig, dass wir uns jeden Tag für unsere Aussiedler und Spätaussiedler einsetzen, beispielsweise wenn es um mehr Gerechtigkeit bei der Fremdreute geht oder die Anerkennung bzw. die erleichterte Nachqualifikation von Schul- und Berufsabschlüssen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion.

Wir müssen im Einzelfall bei der Familienzusammenführung aus humanitären Gründen noch immer bestehende Hürden abbauen.

Die Wiedereingliederung kann sicher noch besser werden. Das ist vorrangig unsere Aufgabe als Parlament.

Hier sollten wir als Parlamentarier in erster Linie ansetzen, auch im Gedenken an die Deutschen aus Russland, die ihre Kraft und ihren Überlebenswillen damals aus der Tatsache geschöpft haben, dass sie Deutsche waren.

Der Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation wurde vor drei Jahren von der Bundesregierung auf den 19. Juni festgelegt.

Aus dem Landtag – Februar / März 2019

Damit fällt dieser bundesweite Gedenktag mit dem Weltflüchtlingstag zusammen.

Im vergangenen Jahr hat Frau Landtagspräsidentin Dr. Andretta hier in diesem hohen Haus zu Beginn des Juni-Plenums erstmals der Opfer von Flucht, Vertreibung, Deportation gedacht.

Frau Dr. Andretta, Ihre Rede ist bei den verschiedenen Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden sehr dankbar aufgenommen worden.

Für ihre Worte vom 19. Juni 2018 möchte auch ich Ihnen persönlich herzlich danken.

Mit diesem Dank verbinde ich die Bitte, auch in diesem Jahr zu Beginn des Juni-Plenums wieder der Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation – damals wie heute! – zu gedenken.

Anrede

Der vorliegende AfD-Antrag bezieht sich auf den 77. Jahrestag des Stalin-Erlasses, den wir im vergangenen Jahr begangen haben. Eine Aktualisierung des Antrages auf den 78. Jahrestag, der in diesem Jahr ansteht, ist nicht erfolgt. Damit hat sich dieser AfD Antrag überholt.

Nun gut - da sie den Antrag nicht zurückgezogen haben, haben Sie mir die Gelegenheit gegeben, erneut über die Geschichte der Deutschen aus Russland in diesem hohen Haus zu sprechen.

Anrede

Abschließend möchte ich betonen, dass uns Erinnerung und Gedenken sehr wichtig sind.

Wir wollen den Opfern des 28. August 1941 gedenken und werden das aus tiefer Überzeugung auch in diesem Jahr wieder in Friedland an der Seite der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland tun und wie ich hoffe, auch vor der Sitzung des Juni-Plenums durch unsere Landtagspräsidentin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Parallelveranstaltung, wie sie die AfD aus Aktionismus fordert, werden wir nicht unterstützen. Daher lehnen wir den AfD-Antrag ab.

Vielen Dank!

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

05. Februar 2019

Thiele: Gefundene Lösung für die Nord/LB ist verträglichste Lösung – für das Land, für die Sparkassenlandschaft, für die Steuerzahler

Hannover. „Der Kabinettsbeschluss zur Neustrukturierung der Nord/LB ist die zentrale Weichenstellung für eine der wichtigsten Landesbeteiligungen. Wir machen die Nord/LB damit zukunftsfest“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele in der außerplanmäßigen Sitzung des Landtages zur Nord/LB. Vorausgegangen war eine Entscheidung des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes sowie des Niedersächsischen Sparkassen und Giroverbandes gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der Nord/LB zu übernehmen.

„Diese Entscheidung eröffnet unter schwierigen Bedingungen die beste Lösung unter den verbliebenen Alternativen, auch wenn sie niemandem leicht gefallen ist. Sie ist die verträglichste Lösung für alle. Für den Landeshaushalt und die Steuerzahler, für die Sparkassenlandschaft, für das Landesvermögen, für die Kunden der Nord/LB und auch für die Arbeitnehmer der Nord/LB, so schmerzlich der Arbeitsplatzabbau auch sein wird“, so Thiele.

Vor diesem Hintergrund unterstütze die CDU-Landtagsfraktion die jetzt beschlossene Weichenstellung: „Wir stehen zur Verantwortung des Landes für die Nord/LB. Wir stehen zur Braunschweigischen Landessparkasse und erwarten, dass diese dauerhaft gesichert wird. Wir stehen zu den regionalen Standorten der Nord/LB.“

Die CDU-Fraktion werde den Prozess der weiteren Verhandlungen konstruktiv begleiten. Die Bank müsse kleiner und rentabler, das finanzielle Risiko für den Landeshaushalt, die Sparkassenlandschaft und den Steuerzahler müsse minimiert werden.

„Die Verhandlungen mit der EU-Kommission, der Bankenaufsicht und die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen bedeuten noch erhebliche harte Arbeit. Aber die richtigen Weichenstellungen sind erfolgt“, so der Finanzexperte.

„Wir danken unserem Finanzminister Reinhold Hilbers für seine harte Arbeit. Er hat seit seinem Amtsantritt die Neustrukturierung der Nord/LB vorangetrieben, mit dem Ziel einer soliden und rentablen Bank. Zum Wohle unseres Landes, zum Wohle des Finanz- und Wirtschaftsstandort Niedersachsen“, so Thiele. “

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

07. Februar 2019

Wulf: Beschäftigte brauchen Klarheit über ihre Zukunft – Nexans muss Sozialplan vorlegen

Hannover. Für den Fall der drohenden Schließung des Nexans-Werkes am Standort Hannover hat sich die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf für den zügigen Abschluss eines Sozialplans für die rund 500 Beschäftigten ausgesprochen. „Die Mitarbeiter brauchen endlich Klarheit über ihre Zukunft. Sollte es bei der angekündigten Schließung bleiben, muss die Konzernleitung sicherstellen, dass kein Mitarbeiter einfach auf der Straße landet. Wir erwarten, dass der Konzern zu seiner Verantwortung steht und einen Plan vorlegt, wie es mit den Beschäftigten nach Produktionsende weitergeht“, sagte Wulf nach Gesprächen mit Vertretern der Geschäftsführung und des Betriebsrates. „Diese Ungewissheit ist nicht akzeptabel.“

Vor allem ältere Beschäftigte, die zum Teil seit über 30 Jahren am Standort arbeiten, hätten nach dem Aus nur geringe Chancen, von anderen Unternehmen übernommen zu werden, so Wulf. „Die Konzernleitung steht hier in der Pflicht, in enger Abstimmung mit dem Betriebsrat und der Werksleitung vor Ort nach Lösungen zu suchen. Beispielsweise könnte eine Auffanggesellschaft einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die hochqualifizierten Mitarbeiter an andere Unternehmen im Raum Hannover zu vermitteln.“

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

11. Februar 2019

Bosse und Bäumer: Ausnahmegenehmigung zur Entnahme des Problemwolfes aus Rodewalder Rudel erteilt – Hoffnung auf zeitnahe Entscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg

Am Montag hat das Niedersächsische Umweltministerium den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz des Landtags über den Sachstand bei der geplanten Entnahme des verhaltensauffälligen Wolfsruden aus dem Rodewalder Rudel informiert.

Dazu erklären die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Marcus Bosse (SPD) und Martin Bäumer (CDU): „Die Zahl der Nutztierrisse hat in der Region deutlich zugenommen und ein Ausmaß erreicht, das nicht länger hingenommen werden kann. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Erteilung der Ausnahmegenehmigung des Umweltministeriums für eine Entnahme des verhaltensauffälligen Wolfsruden aus dem Rodewalder Rudel.“

Naturschützer hatten vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg gegen die Erteilung der Ausnahmegenehmigung einen Eilantrag eingereicht – eine entsprechende Entscheidung des Gerichts steht noch aus. „Das VG Oldenburg muss die Unterlagen noch prüfen, allerdings sollte die Entscheidung nun auch zügig fallen, damit in der Zwischenzeit nicht noch mehr Risse zu beklagen sind“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marcus Bosse.

Auch die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag begrüßt das von Minister Olaf Lies (SPD) in Gang gesetzte Verfahren: „Die Weidetierhalter im ländlichen Raum erwarten vollkommen zu Recht, dass der Staat bei Problemwölfen handlungsfähig ist. Wir würden uns wünschen, dass das Verwaltungsgericht Oldenburg diesen Fall zügig prüft, damit die Tötung des Problemwolfes in die Wege geleitet werden kann“, so der umweltpolitische Sprecher Martin Bäumer.

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

21. Februar 2019

Toepffer: Kompromiss zu §219a wird beiden Seiten gerecht: Recht auf Informationen der Frauen wird gewahrt - Schutz des ungeborenen Lebens wird nicht angetastet

Hannover. „Wir sind mit dem heute beschlossenen Kompromiss zum §219a zufrieden. Dieser entspricht dem, was wir vorgeschlagen hatten. Das Recht auf Information der Frauen wird gewahrt und der Schutz des ungeborenen Lebens nicht angetastet. Damit wird dieser Kompromiss beiden Seiten gerecht“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer nach dem heutigen Beschluss des Bundestages. Die Politik könne sich bei so einem brisanten Thema nicht auf Radikalpositionen zurückziehen, sondern müsse kompromissbereit bleiben. Dies sei geschehen.

„Nach dem heute gefassten Beschluss sollen die Bundesärztekammer und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Kontaktinformationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser eingewilligt haben. Mit der Novellierung des §219a wird rechtlich sauber ausformuliert, dass und wie Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser über die Tatsache informieren können, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen“, so Toepffer. Die Erstellung einer Liste von Ärztinnen und Ärzten, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, sei in Zeiten des Internets überfällig. Dennoch werde auch zukünftig Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verboten bleiben.

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

27. Februar 2019

Seefried: Werden Qualität der KiTas verbessern und uns dem Fachkräftemangel entgegenstellen

Hannover. „Im Jahr 2018 haben wir eine der größten familienpolitischen Entscheidungen in der Geschichte Niedersachsens getroffen. Die Eltern unserer Kinder müssen seit dem 1. August 2018 keine KiTa-Gebühren mehr bezahlen. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus“, erklärte Bildungspolitiker Kai Seefried in der Landtagsdebatte zur frühkindlichen Bildung. Landespolitik, Kommunen und Träger seien gemeinsam gefordert die frühkindliche Bildung weiter voranzubringen.

„Wir wollen die Qualität der KiTa´s stetig verbessern und werden dazu die Chancen des Gute-Kita-Gesetz nutzen. Besonders dem Fachkräftemangel werden wir begegnen und den Erzieherberuf stärken. Dazu werden wir die Attraktivität der Ausbildung steigern und haben die Schulgeldfreiheit zum 1. August 2019 eingeführt“, so Seefried.

„Wir wollen attraktive und vergütete Wege in das Berufsfeld der Erzieher bieten und stellen uns so den Herausforderungen des Fachkräftemangels. Wir werden das KiTa-Gesetz modernisieren und damit weitere Grundlagen für die Qualitätsentwicklung legen. Dies unterstützt und verstärkt mit dem Gute-KiTa-Gesetz um die frühkindliche Bildung in Niedersachsen voranzubringen“, so der Bildungsexperte.

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

28. Februar 2019

Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, zu TOP 23 „Kinder auf allen Ebenen vor Missbrauch schützen – Täter konsequent bestrafen“ (Aktuelle Stunde) / Seite 1

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Ich weiß nicht, ob wir mit einer Aktuellen Stunde zum dunklen Kapitel Kindesmissbrauch viel bewirken können. Aber es ist das Schweigen, welches den sexuellen Missbrauch von Kindern überhaupt möglich macht. Und daher müssen wir über dieses Thema reden.

Es sind dieser Tage vor allem zwei Ereignisse, die das Thema aktuell machen. Zum einen die erschütternden Ereignisse auf einem Campingplatz in Nordrhein-Westfalen. Zum anderen der Antimissbrauchsgipfel der katholischen Kirche, welcher vor wenigen Tagen in Rom stattgefunden hat. Beides höchst unterschiedliche Vorgänge. Die aber doch eines gemeinsam haben: Es geht um die Misshandlung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Und es geht darum, wie eine Gesellschaft mit diesem Missbrauch umgeht.

Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist unentschuldigbar. Und doch suchen diejenigen, die die Verantwortung tragen, stets nach dieser Entschuldigung. Dem Oberhaupt der katholischen Kirche gebührt Respekt dafür, dass der Missbrauch in den eigenen Reihen überhaupt benannt wird. Aber der Hinweis des Pontifex, "sexueller Missbrauch von Minderjährigen sei ein in allen Kulturen und Gesellschaften verbreitetes geschichtliches Phänomen", der klingt dann doch ein wenig nach kollektiver Verantwortung. Und kollektive Verantwortung, wer wüsste es nicht, wird gern dort bemüht, wo individuelle Schuld verneint wird.

Ich jedenfalls bin froh, dass die katholische Kirche in Niedersachsen einen anderen, deutlicheren Weg gegangen ist. Und dass diese Landesregierung durchaus zu dieser Wegfindung beigetragen hat. Staatliche Gewalt und Einflussnahme setzen meist erst dann ein, wenn der Missbrauch stattgefunden hat. Es sind dann meist Strafverfolgungsbehörden, denen es obliegt, unfassbares Unrecht aufzuarbeiten. Und so zumindest für Abschreckung - und vielleicht auch ein wenig für Gerechtigkeit - zu sorgen.

Wir waren Ministerin Barbara Havliza daher ausgesprochen dankbar, dass sie es sich als erste Justizministerin bundesweit zur Aufgabe gemacht hat, die strafrechtliche Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs gemeinsam mit der katholischen Kirche - aber eben aus dem Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaates heraus - voranzutreiben. Und wir sind der Justizministerin auch dafür dankbar, dass sie zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran zugelassen hat, dass es Sache des Staates und eben nicht der Kirche ist, hier für Recht, aber eben auch für Strafe zu sorgen. Im Missbrauchsbericht der katholischen Bischofskonferenz sind auch niedersächsische Fälle genannt worden, von denen unsere Justiz noch gar keine Kenntnis hatte. Fälle, die ohne die ausbleibende Strafanzeige der Kirche nicht verfolgt werden konnten.

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

28. Februar 2019

Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, zu TOP 23 „Kinder auf allen Ebenen vor Missbrauch schützen – Täter konsequent bestrafen“ (Aktuelle Stunde) / Seite 2

Und deshalb war es richtig, dass Barbara Havliza mit Nachdruck Einsicht in die Kirchenakten verlangt hat. Damit unsere Justiz diese Straftaten verfolgen kann.

Das konsequente Vorgehen der Justizministerin hat hier auch Wirkung gezeigt. Bischof Dr. Willmer aus Hildesheim gilt zu Recht als einer der profiliertesten internen Kritiker der katholischen Kirche im Missbrauchsskandal. Sicher nicht nur - aber vielleicht auch - weil er die Landesregierung und die katholische Ministerin an seiner Seite weiß.

Ich will an dieser Stelle aber auch einige Worte zu dem Missbrauchsfall in Lügde sagen. Liest und hört man manches von dem, was im betroffenen Landkreis zur Rechtfertigung von möglichem Fehlverhalten erklärt wird, fragt man sich schon, ob alle Teile der Politik die Ernsthaftigkeit des Themas begriffen haben. Es gibt keinen absoluten Schutz vor sexuellem Missbrauch oder Missbrauchssituationen. Aber da, wo Schutzmechanismen versagt haben, muss dies offen und ehrlich eingestanden werden.

Es ist eben - hoffentlich - nicht normal, dass ein niedersächsisches Jugendamt ein sechsjähriges Mädchen auf einem Campingplatz unterbringt. Bei einem alleinstehenden 56-jährigen Pflegevater. Der dann des sexuellen Missbrauchs in einer Vielzahl von Fällen überführt wird. Weil es eben auf einem Campingplatz an der sozialen Kontrolle fehlt, die wir zu Recht zur Vermeidung von Missbrauchsfällen fordern. Und entsprechende Kritik kann und darf man nicht mit der Bemerkung abtun, "Missbrauch gebe es schließlich auch in Sakristeien und Einfamilienhäusern mit geharktem Vorgarten."

Wer so argumentiert, flüchtet sich eben wieder in die kollektive Verantwortung. Und wird seiner eigenen Verantwortung als Landrat nicht gerecht. Um es an dieser Stelle auch zu sagen: Die Arbeit in unseren Jugendämtern ist keine einfache Aufgabe. Ich habe allerhöchsten Respekt vor den dort tätigen Beschäftigten. Allzu oft lädt unsere Gesellschaft ihre schwersten und dunkelsten Probleme gerade bei diesen Beschäftigten ab. Und ich weiß, dass sich viele in der Jugendhilfe Tätige immer wieder von der Politik allein gelassen fühlen.

Wer aber glaubt, den Betroffenen dadurch zu helfen, dass er die Fehlentwicklungen zur Normalität erklärt, der leistet der Arbeit in den Jugendämtern einen Bärendienst. Stattdessen müssen Fehlentwicklungen als solche benannt und abgestellt werden.

Aus dem Landtag – Presse Februar 2019

28. Februar 2019

Schünemann: Retter vor Gericht nicht allein lassen – Koalition ebnet Weg für Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte in Niedersachsen

Hannover. Vor dem Hintergrund wachsender Übergriffe auf Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte hat der Niedersächsische Landtag in erster Lesung über die Einrichtung eines Rechtsschutzfonds beraten. Dieser soll sicherstellen, dass betroffene Einsatzkräfte in allen Fällen Rechtsschutz in Anspruch nehmen können – unabhängig davon, ob sie ihre Rechte und Pflichten als Zeuge selbst wahrnehmen können oder nicht. „Die unerträglichen Straftaten gegen Rettungskräfte müssen konsequent verfolgt werden. Dabei dürfen wir diejenigen, die Menschen in Not geholfen haben, vor Gericht nicht alleine lassen“, sagt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann.

Damit könnte Niedersachsen das erste Bundesland werden, das den vom Bundesamt für Katastrophenschutz geplanten Rechtsschutzfonds mit Leben füllt. Erste Mittel wurden auf Anregung des Deutschen Feuerwehrverbandes bereits im Bundeshaushalt 2019 bereitgestellt. Im Rahmen einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion hatten die in Niedersachsen tätigen Hilfsorganisationen zuvor ihre Bereitschaft signalisiert, an der konkreten Umsetzung mitzuwirken und für ein Pilotprojekt zur Verfügung zu stehen.

Aus dem Landtag – Presse März 2019

01. März 2019

Wulf: Niedersachsen setzt Digitalpakt um – Bildungssystem muss seinen Teil zum Erwerb digitaler Kompetenzen beitragen

Hannover. „Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern eine aktive und selbstbestimmte Teilhabe in der digitalisierten Gesellschaft ermöglichen: Sie müssen wissen, wie man mit digitalen Medien arbeitet, ihre Logik verstehen und sie entsprechend anwenden und kompetent nutzen können. Umso wichtiger ist es, dass unser Bildungssystem seinen Teil zum Erwerb dieser digitalen Kompetenzen beiträgt“, so die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf zum heute eingebrachten Entschließungsantrag von CDU und SPD.

Die Vorbereitung der Schulen auf die Digitalisierung sei dabei von großer Bedeutung. „Mit dem Masterplan Digitalisierung haben wir uns bereits im letzten Jahr auf den Weg dorthin gemacht. Ich halte es für absolut notwendig, dass Schulen zu denjenigen Einrichtungen gehören, die prioritär bis 2021 mit leistungsfähigem Internet versorgt werden müssen.“ Der Digitalpakt des Bundes verfolge ebenfalls das Ziel des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur und Ausstattung an Schulen, so Wulf.

Bei der digitalen Bildung gehe es allerdings nicht nur um Infrastruktur, auch müssten Lehrkräfte auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden: „Die Arbeit mit digitalen Unterrichtsmaterialien und -methoden muss fester Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung sein.“ Auch erfordere der Umgang mit digitalen Medien neue Lernumgebungen: „Dafür müssen datenschutzrechtlich sichere Kommunikationswege wie Messenger und Cloudlösungen zur Verfügung gestellt werden.“

Aus dem Landtag – Presse März 2019

04. März 2019

Bock: 100 Millionen Euro für unsere Sportstätten –Sportstättenanierungsprogramm startet noch im März

Hannover. „Wie bereits im November 2018 angekündigt, bringen wir gemeinsam mit der SPD und der Landesregierung ein Sportstättenanierungsprogramm auf den Weg, von dem ganz Niedersachsen profitieren kann“, so der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion André Bock MdL. „Insgesamt 100 Millionen Euro aus der sogenannten VW-Milliarde stehen ab sofort für die Sanierung kommunaler Sport- und Vereinsportstätten zur Verfügung. Wir können einen Beitrag dazu leisten, unsere bestehende Sportinfrastruktur zu erhalten und den vorhandenen Sanierungsstau deutlich zu reduzieren.“ Das Sportstättenanierungsprogramm hat eine Laufzeit von bis Ende 2022. „Es soll kein ‚Windhund-Prinzip‘ geben“, betont André Bock. „Stattdessen sind vier Antragsstichtage während der Laufzeit des Programms vorgesehen, der erste bereits am 31. Mai 2019, damit jede Kommune die Chance hat, von dem Programm zu profitieren.“ Gefördert werden sollen kommunale Sporthallen, Hallenschwimmbäder und Sportfreianlagen, darunter auch Fußballplätze und Leichtathletikanlagen sowie darüber hinaus Sportleistungszentren und Vereinssportstätten. „Ich bin stolz darauf, dass die CDU-Fraktion maßgeblich an dem Programm mitgewirkt hat. Diese Arbeit wird sich vor Ort in ganz Niedersachsen positiv auswirken.“ so André Bock abschließend.

Aus dem Landtag – Presse März 2019

04. März 2019

Lechner: Kriminalitätsstatistik weist in die richtige Richtung – konstant hohe Zahl der Stichwaffendelikte nicht hinnehmbar

Hannover. „Wir freuen uns, dass die Anzahl der Delikte in Niedersachsen zurückgegangen ist. Dies ist auch ein Erfolg der neuen schwarz-roten Landesregierung. Ein Grund zum Ausruhen ist die heute vorgestellte polizeiliche Kriminalitätsstatistik allerdings nicht. Wir sind zuversichtlich in der der Zukunft noch bessere Ergebnisse präsentieren zu können. Dazu werden auch die neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden und das neue Polizeigesetz ihren Beitrag leisten“, erklärt Sebastian Lechner, innenpolitischer Sprecher der CDU- Landtagsfraktion.

„Die heute veröffentlichten Zahlen machen deutlich, dass wir mit unsere Themensetzung richtig liegen. Die Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist erneut angestiegen. Dies ist unerträglich. Mit unserem Entschließungsantrag im vergangenen Plenum zur Schaffung eines Rechtsschutzfonds leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung unserer Helfer. Wir werden diese nicht im Regen stehen lassen“, so Lechner. Der Rechtsschutzfonds soll sicherstellen, dass betroffene Einsatzkräfte in allen Fällen Rechtsschutz in Anspruch nehmen können – unabhängig davon, ob sie ihre Rechte und Pflichten als Zeuge selbst wahrnehmen können oder nicht.

Besondere Sorge bereitet dem Innenexperten aber die konstant hohe Zahl der Angriffe mit Stichwaffen: „Die Zahlen sind besorgniserregend. Es ist gut, dass Niedersachsen, entgegen der bisherigen Regelung im Bund, diesen Bereich der Straftaten besonders erfasst. Wir werden intensiv darüber beraten müssen, wie diesem Phänomen begegnet werden kann. Angriffe mit Stichwaffen enden für das Opfer fast immer mit schweren und lebensbedrohlichen Verletzungen.“

Aus dem Landtag – Presse März 2019

05. März 2019

Dammann-Tamke: Brauchen Planungssicherheit für Erzeuger und Verbraucher – CDU setzt Arbeitsgruppe für Landwirtschaft der Zukunft ein

Hannover. Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion hat sich heute die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft 4.0 – Wegweiser für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft in Niedersachsen“ konstituiert. Gemeinsam mit Erzeugern, Agrarwissenschaftlern sowie Tier- und Naturschutzverbänden will die CDU eine ganzheitliche Strategie erarbeiten, wie Ackerbau und Nutztierhaltung auch in den kommenden Jahrzehnten in Niedersachsen möglich bleiben.

„Die Land- und Ernährungswirtschaft als zweitgrößter Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen steht ökonomisch und gesellschaftspolitisch massiv unter Druck“, sagt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke. „Wir wollen eine Landwirtschaft, die gesellschaftlich akzeptiert ist und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen garantiert. Ohne Ideologie und Verbote, dafür mit dem Mut zur Veränderung und einer gemeinsamen Kraftanstrengung über alle Gräben hinweg. Vor allem die kommende Generation junger Landwirte braucht dringend Planungssicherheit.“

In den beiden Foren „Nutztier“ und „Ackerbau“ wollen die Agrarexperten Antworten auf Fragen zur Landwirtschaft der Zukunft finden, darunter zur Digitalisierung, zum Tierwohl und zum Klimaschutz. Anfang 2020 will die Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorstellen: „Wir erwarten, dass unsere konkreten Vorschläge dann auch eine Signalwirkung in Berlin und Brüssel entfalten“, so Dammann-Tamke. .

Aus dem Landtag – Presse März 2019

11. März 2019

Lechner: Bürger haben ein Recht auf Sicherheit – CDU-Fraktionen starten Kampagne #StarkerStaat

Hannover. Schnellere und einfachere Gerichtsverfahren, stärkerer Opferschutz und ein besserer Austausch zwischen Staatsanwaltschaften und Polizei in Bund und Ländern: Mit diesen und weiteren Maßnahmen will die CDU den Rechtsstaat in Deutschland für die Zukunft aufstellen. Im Rahmen der Social-Media-Kampagne #StarkerStaat informieren die Fraktionen von CDU und CSU deutschlandweit über den „Pakt für den Rechtsstaat“, eine Initiative der Bundesregierung. Über einen Zeitraum von vier Wochen geht es um die Bekämpfung von Clan-Kriminalität, Gewalt gegen Polizeibeamte, Sicherheit im digitalen Raum, Einbruchskriminalität und Rechtsdurchsetzung.

„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Sicherheit“, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner. „Ein starker Staat, der genau das garantiert, ist daher Kernanliegen der Unionsfraktionen. Der deutsche Rechtsstaat duldet keine Verbrechen. Er muss seinen Bürgern konsequent zur Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen.“ Immer häufiger jedoch würden der Rechtsstaat und seine Funktionsfähigkeit vor allem in den Sozialen Medien infrage gestellt. „Dem setzen wir echte Fakten entgegen“, so Lechner.

„Seit die CDU wieder Regierungsverantwortung in Niedersachsen trägt, hat das Land massiv in die Innere Sicherheit investiert. Wir bilden in diesem Jahr 200 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten aus, schaffen bis 2021 250 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte und stellen zusätzliche Beamte für die Sicherheit an Gerichten und in Gefängnissen ein. Mit dem neuen Polizeigesetz werden wir die Sicherheitsbehörden darüber hinaus in die Lage versetzen, konsequent gegen terroristische Gefährder und kriminelle Banden vorgehen zu können. Die CDU ist die Rechtsstaat-Partei in Niedersachsen“, so Lechner abschließend.

Aus dem Landtag – Presse März 2019

19. März 2019

Toepffer: Adventszeit ist Zeit der Besinnlichkeit – keine Ladenöffnung an Adventssonntagen

Hannover. Mehrheitlich hat sich die CDU-Landtagsfraktion heute gegen die Möglichkeit der Ladenöffnung an Adventssonntagen ausgesprochen. Der im Rahmen der Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes diskutierte Vorschlag ist damit vom Tisch. „Die Adventszeit ist auch die Zeit, in der wir zur Ruhe kommen und uns auf das Weihnachtsfest vorbereiten. Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten auf die Adventssonntage kommt daher für die Mehrheit der CDU-Abgeordneten nicht in Betracht“, sagte CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer nach der Fraktionssitzung am Dienstag.

Aus dem Landtag – Presse März 2019

27. März 2019

Lechner: Guter Tag für Demokratie in Niedersachsen – Landtag schafft pauschalen Wahlausschluss von Menschen mit Behinderungen ab

Hannover. Mit großer Mehrheit hat der Niedersächsische Landtag heute den pauschalen Wahlausschluss von etwa 10.000 Menschen mit Behinderungen abgeschafft. Von der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Wahlrechtsreform profitieren Personen, die in allen Angelegenheiten betreut werden oder aufgrund einer im Zustand der Schuldunfähigkeit begangenen Straftat in eine psychiatrische Klinik verbracht wurden. Künftig muss ein Gericht im Einzelfall prüfen, ob die Betreuung oder Überweisung in eine Klinik den Wahlrechtsausschluss rechtfertigen.

„Wählen zu dürfen ist das vornehmste Recht unserer Bürgerinnen und Bürger. Jeder Staatsbürger muss sein Wahlrecht in gleicher Weise ausüben dürfen“, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner. „Viele betroffene Bürger sind absolut in der Lage, am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzunehmen. Deswegen ist heute ein guter Tag für unsere Demokratie in Niedersachsen und für all die Menschen, die nun ein Wahlrecht bekommen.“

Es müsse allerdings sichergestellt werden, dass die Menschen ihr Wahlrecht auch selbst ausüben, und nicht deren Betreuer oder andere Dritte, so Lechner: „Klar ist, dass die allermeisten Betreuer sehr verantwortungsvoll sind und den Bereich der Wahlassistenz nicht überschreiten werden. Um aber eine abschreckende Wirkung zu erzielen, sollte das Strafrecht im Rahmen einer Reform auf Bundesebene angepasst werden.“

Aus dem Landtag – Presse März 2019

27. März 2019

Fredermann: DSGVO-Auflagen für kleine Vereine reduzieren – Kritik an Landesbeauftragter für Datenschutz

Hannover. CDU und SPD wollen kleine und mittlere Vereine in Niedersachsen beim Datenschutz entlasten und hierfür auch Änderungen auf Bundes- und EU-Ebene erwirken. In abschließender Beratung haben die Fraktionen die Landesregierung heute aufgefordert, ehrenamtlich geführte Vereine von der Verpflichtung zu befreien, Verarbeitungsverzeichnisse zu führen und einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Ebenfalls soll das Innenministerium prüfen, ob bei unbeabsichtigten Verstößen von einer Haftung abgesehen werden kann.

„Die Anhörung im Ausschuss hat noch einmal bestätigt, wie sehr die Anforderungen die Ehrenamtlichen belasten und wie schwierig es ist, überhaupt noch engagierte Vorstandsmitglieder und Abteilungsleiter zu gewinnen“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Fredermann. Gerade kleine und mittelgroße Vereine hätten schon seit langer Zeit Personalprobleme, die sich weiter verschärfen könnten.

Kritik übt der Innenpolitiker an der Haltung der Landesdatenschutzbeauftragten: „Wenn man die Probleme der Vereine kleinredet und sich darauf zurückzieht, dass das Recht eben für alle gilt, dann ärgert mich das. Das mag juristisch richtig sein. Doch dass die Datenschutzbeauftragte nicht einmal bereit ist, nach Lösungen zu suchen, ist nicht in Ordnung. Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit sieht anders aus.““

Aus dem Landtag – Presse März 2019

27. März 2019

Rebuschat: Wollen zielgerichtete Vorbeugung und Aufklärung bei K.O.-Mitteln

Hannover. „Wir wollen eine zielgerichtete Vorbeugung und Aufklärung für junge Menschen um Missbrauch von K.O.-Mitteln zu verhindern. Die geforderte Vergällung dieser Mittel ist nicht so wirksam, wie man auf den ersten Blick vermuten könnte“, erklärt die Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat in der heutigen Landtagsdebatte über den Missbrauch von K.O.-Mitteln. So seien bittere Mittel laut Fachkreisen wegen der geringen benötigten Menge in Getränken nicht wahrnehmbar.

Ebenso verbiete sich eine groß angelegte Aufklärungskampagne, da diese nicht nur potentielle Opfer, sondern auch Täter warnen würde.

„Wir setzen auf zielgerichtete Aufklärung an Orten, an denen sich potentielle Opfer bewegen, um diese frühzeitig auf Gefahren hinzuweisen. Zum Beispiel besteht die Möglichkeit in Mädchen-Sprechstunden bei Gynäkologen aufzuklären und das Personal in Diskotheken und Bars besser zu instruieren“, so Rebuschat. Dies sei mit Blick auf die kurze Nachweisbarkeit von K.O.-Mitteln entscheidend: „Besonders Personen in einem Umfeld, in dem K.O.-Mittel häufig angewandt werden, müssen wissen, welche Maßnahmen bei Verdacht zu ergreifen sind.“

„Die Regierungskoalition will mit ihrem Antrag dort informieren und aufklären, wo es sinnvoll und erfolgsversprechend ist“, so die Abgeordnete abschließend. “

Aus dem Landtag – Presse März 2019

29. März 2019

Watermann und Schünemann: Neues Polizeigesetz für Niedersachsen kann noch im Mai in Kraft treten

Hannover. Am Rande der Sitzung des Niedersächsischen Landtags haben sich SPD und CDU auf letzte Details im laufenden Verfahren um das neue Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz verständigt. Damit werde das neue Recht noch im Mai 2019 in Kraft treten.

„Bei der Präventivhaft für terroristische Gefährder haben wir uns auf angemessene bis zu 35 Tage, zweimal 14 und einmal 7 Tage geeinigt. Zusammen mit den Richtervorbehalten ist ein ausgewogener Kompromiss aus freiheitlichen und sicherheitspolitischen Abwägungen gefunden worden“, so Uli Watermann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

„Im Vorfeld schwerer organisierter Gewaltstraftaten, beispielsweise im Clanumfeld oder bei Menschenhandel oder Kinderpornographie, kann die Polizei zukünftig auch Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen ergreifen. Dieses neue Instrument wird sicher im Umfeld der organisierten Kriminalität sehr sinnvoll eingesetzt werden können“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Uwe Schünemann.

Insgesamt sind sich alle Beteiligten einig: Die Koalition hat mit der Einigung die Aufgabe gemeistert, unter Abwägung der Freiheit des einzelnen Bürgers einerseits und der staatlichen Schutzverpflichtung andererseits die Befugnisse der Polizei und der Ordnungsbehörden an neuartige Gefahrenlagen und die Herausforderungen unserer Zeit anzupassen. Die Koalition handelt für ein sicheres Niedersachsen.

Karsten Becker, polizeipolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ergänzt: „Das Gesetz schafft sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Polizeibeamtinnen und -beamten ein Mehr an Rechtsklarheit und Rechtssicherheit. So werden Standardmaßnahmen wie die Gefährderansprache oder Meldeauflagen künftig speziell normiert und nicht mehr wie bislang über die Generalklausel abgedeckt“.

„Um Nutzen und Akzeptanz der automatisierten Videoauswertung zu erhöhen, werden wir gleichzeitig mit der Verabschiedung des Gesetzes im Mai-Plenum einen Entschließungsantrag einbringen, mit dem wir die offene gesellschaftliche Debatte über Sicherheit und Datenschutz bei einer videobasierten Situations- und Gegenstandserkennung in Niedersachsen starten. Ich freue mich auf die Diskussionen und bin zuversichtlich, dass wir im Jahr 2020 Ergebnisse haben, mit denen wir dann weiterarbeiten können“, führt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sebastian Lechner, abschließend aus.